

Protokoll

über die 31. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 03.11.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:16 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Detlev Blohm

Herr Jan Höpermann

Herr Jörg Keller

ab 19:13 Uhr

Herr Ulrich Kloevekorn

bis 19:13 Uhr

Herr Klaus Schröder

Herr Stephan Schwartz

stellvertr. Vorsitzender

WSI:

Frau Ingrid Paradies

Frau Anette Wente

SPD-Fraktion:

Herr Tobias Niemeyer

Herr Wolfgang Rüdiger

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Thomas Grabau

Vorsitzender

Herr Dr. Ralf Sonntag

FDP-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Seniorenbeirat:

Herr Reinhard Schuster

Seniorenbeirat (Vertreter für Frau Dr. Klug)

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder

Umweltbeirat:

Herr Jens Peyn

Protokoll der 31. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses
vom 03.11.2016

Verwaltung:

Frau Annette Boettcher	Fachdienst 2-60
Herr Jürgen Brix	Fachdienstleiter 1-30
Herr Sönke Ferch	Bauhofleiter
Frau Regina Flesken	Fachdienst 2-10
Herr Rolf Jagemann	Leiter der Prüfdienste
Herr Klaus Lieberknecht	Fachbereichsleiter
Frau Christiane Maylahn	Leitstelle Umweltschutz
Frau Viola Mollnau	Fachdienst 2-60
Frau Annika Saß	Fachdienst 2-63
Herr Niels Schmidt	Bürgermeister
Herr Volkmar Scholz	Fachdienstleiter 3-20
Frau Sonja Taschendorf	Schriftführerin
Frau Birgit Woywod	Fachdienstleiterin 2-60
Herr Jens Zwicker	Fachdienstleiter 2-10

Stadtentwässerung:

Herr Uwe Harms	Werkleiter
Frau Petra Hesse	

Freiwillig Feuerwehr Wedel:

Herr Uwe Brandt	stellvertr. Wehrführer
Herr Michael Rein	Wehrführer

Vertreter Kleingartenverein:

Herr Jörn Stührenberg

Vertreter Ortsbauernverband:

Herr Richard Möller

Gäste:

Frau Gertrud Borgmeyer	Ratsfrau
Herr Joachim Funck	Ratsherr
Frau Gudrun Jungblut	Ratsfrau
Frau Fricke	Stadtwerke Wedel GmbH, zu TOP 11
Herr Krüppel	Geschäftsführer Stadtwerke Wedel GmbH, zu TOP 11
Herr Lohmann	Stadtwerke Wedel GmbH, zu TOP 11

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Frau Kerstin Dorbandt

Jugendbeirat:

Herr Raphael Ahlemann

Es sind fünf ZuschauerInnen und eine Pressevertreterin anwesend.

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Grabau alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Herr Grabau weist auf die verteilten Unterlagen hin: 1. zusätzliche Unterlagen zur BV/2016/110 Kinderspielplätze Wedel, 2. Übersicht zur Kostenentwicklung zu TOP 9 GHS und 3. Anfragen der SPD, die im nächsten Ausschuss beantwortet werden.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Herr Grabau lässt über den öffentlichen Teil der Tagesordnung TOP 1 - 10.4 abstimmen, den der Ausschuss mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen bestätigt. Für die TOPs 11 - 13.1 beantragt Herr Grabau den Ausschluss der Öffentlichkeit. Dem Antrag wird mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen stattgegeben.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
- 2.) **Anfragen und Mitteilungen zu Kleingartenangelegenheiten**
- 3.) **Anhörung Beiräte**
- 4.) **Protokollgenehmigungen**
 - 4.1 **Protokoll der 29. Sitzung vom 08.09.2016**
 - 4.2 **Protokoll der 30. Sitzung vom 29.09.2016**
- 5.) **Wirtschaftsplan der Stadtentwässerung Wedel für das Jahr 2017**
Vorlage: BV/2016/122
- 6.) **V. Nachtragssatzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragssatzung)**
Vorlage: BV/2016/123
- 7.) **Straßenbau Rudolf-Höckner-Straße (südliches Teilstück) - Entwurfsplanung (Bauprogramm)**
Vorlage: BV/2016/111
- 8.) **Haushaltssatzung 2017**
Vorlage: BV/2016/124
- 9.) **GHS, 1. Bauabschnitt, alternative Planung: Anbau ohne Kellergeschoss**
Vorlage: BV/2016/131
- 10.) **Mitteilungen und Anfragen**



- 10.1 Mitteilung der Stadtentwässerung über die Beauftragung von Nachtragsleistungen im Zuge der Entschlammung des Regenklärbeckens im Auweidenweg
Vorlage: MV/2016/084
- 10.2 Städtische Wohnunterkunft Heinestraße
Vorlage: MV/2016/087
- 10.3 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
- 10.4 Sonstiges

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 11.) Straßenbeleuchtung
Vorlage: BV/2016/096
- 12.) Umrüstung der Zentrale in der Feuerwache auf Digitalfunk - Beauftragung Ingenieurleistungen
Vorlage: BV/2016/119
- 13.) Mitteilungen und Anfragen
 - 13.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
- 14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Herr Stührenberg berichtet, dass in der Turnhalle der Albert-Schweitzer-Schule in den Ecken Wasser seit zwei Jahren die Wände herunter läuft. Herr Zwicker entgegnet, dass es im Flachdach immer wieder zu Leckagen komme. Eine Sanierung der Turnhalle ist 2018 vorgesehen.

Ein weiterer Einwohner verweist auf eine Mail, die er an alle Ausschussmitglieder geschickt hat. Bevor über den TOP 7 abgestimmt wird, erklärt er, dass drei Aspekte gegen den Beschluss sprechen: die historische Prägung der Straße, die Naturlage und die Funktion der Straße im Detail.

2.) Anfragen und Mitteilungen zu Kleingartenangelegenheiten

Herr Stührenberg klagt über vermehrte Einbrüche in die Lauben. Allein im Oktober waren es sieben. Dabei handelt es sich weniger um Diebstahl als um Vandalismus. Der Fachdienst Ordnung wurde informiert und gebeten, sich bei der Polizei für stärkere Präsenz in den Kleingärten einzusetzen.



3.) Anhörung Beiräte

Der Jugendbeirat hat nichts zu berichten.

Unter Hinweis auf die letzte Sitzung, in der über die Bestandaufnahme der Radwege berichtet wurde, erklärt der Umweltbeirat, dass manche Radwege total verschlammt seien. Er fragt, ob es dieses Jahr noch Sofortmaßnahmen gibt. Die Verwaltung antwortet, dass an den Grandwegen ggf. etwas im Rahmen der Verkehrssicherung getan werden kann. Die Ergebnisse der Bestandaufnahme wurden inzwischen als CD an die Fraktionen verteilt. Nun muss über eine Prioritätenliste entschieden werden.

Herr Schuster verabschiedet sich, da die Wahlperiode für den jetzigen Seniorenbeirat ausläuft. Herr Grabau bedankt sich im Namen des Ausschusses für sein Engagement.

4.) Protokollgenehmigungen

4.1.) Protokoll der 29. Sitzung vom 08.09.2016

Das Protokoll wird mit 9 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen genehmigt.

4.2.) Protokoll der 30. Sitzung vom 29.09.2016

Herr Dr. Thöm möchte folgende Ergänzung unter TOP 8.2, S. 8, hinter dem 2. Absatz hinzufügen:

„Herr Dr. Thöm schlägt vor, die Bürger bei der Entscheidung ‚mitzunehmen‘ und mögliche Bürgereinwände allerdings kritisch abzuwägen.“

Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll mit 8 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltungen genehmigt.

5.) Wirtschaftsplan der Stadtentwässerung Wedel für das Jahr 2017

Vorlage: BV/2016/122

Herr Harms führt in das Thema ein.

Herr Blohm erkundigt sich wieso bei der Position 11 im Finanzplan auf S.23, der Betrag mit 600.000 € angegeben ist und worunter die Arbeiten am Rückhaltebecken zu finden sind. Herr Harms entgegnet, dass hier der Planbetrag aus dem letzten Wirtschaftsplan aufgeführt ist. Tatsächlich ist das Vorhaben teurer als geplant. Die Mehrkosten können aber aufgefangen werden. Die Arbeiten am Rückhaltebecken sind Unterhaltungsmaßnahmen und keine Neubauten.

Der Ausschuss empfiehlt mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt den Wirtschaftsplan 2017 der Stadtentwässerung Wedel entsprechend den beigegeführten Zusammenstellungen und Einzelplänen.

6.) V. Nachtragssatzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragssatzung)

Vorlage: BV/2016/123

Der Ausschuss empfiehlt ohne Aussprache mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die der Beschlussvorlage im Original beigelegte V. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Stadt Wedel (Beitragssatzung).

**7.) Straßenbau Rudolf-Höckner-Straße (südliches Teilstück) - Entwurfsplanung (Bauprogramm)
Vorlage: BV/2016/111**

Herr Schneider erkundigt sich wer beitragspflichtig ist. Die Verwaltung antwortet, alle Anlieger, die an diesem Straßenabschnitt liegen.

Die Grünen findet es kritisch, dass die Stadt ein Grundstück mit der Bedingung verkauft, dass das Straßenteilstück als Zufahrt gebaut wird. Es sei ungerecht, dass Fremde für den Investor zahlen müssen. Sie werden nicht zustimmen.

Frau Woywod erwidert, dass dies ein Ratsbeschluss ist.

Der Bürgermeister erläutert, dass der Ausbau aber vertraglich vereinbart ist. Der Ausbaubeitrag wiederum richtet sich nach dem KAG (Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein) und dem Ortsrecht. Die Stadt ist gesetzlich verpflichtet, den Beitrag zu erheben, und darf nicht auf ihn verzichten.

Die Grünen meinen, dass aber der Investor zahlen könnte. Die Anlieger haben den Kaufvertrag nicht gemacht. Herr Dr. Sonntag fragt nach der Anzahl der Anlieger. Die Verwaltung antwortet vier, wovon der Investor der größte ist.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Anlieger in der Regel nicht von Straßenausbaubeiträgen begeistert sind. Damals hätte es die Möglichkeit gegeben, den Investor ganz heranzuziehen. Dann hätten die Kosten alle Steuerzahler getragen, da der Kaufpreis entsprechend gesunken wäre. Jetzt ist es nicht mehr änderbar.

Frau Boettcher berichtet, dass der Denkmalschutz beteiligt worden wäre. Hiernach wird das vordere Drittel der Rudolf-Höckner-Straße als historisch erhaltenswert bewertet. Der jetzige Bauabschnitt liegt außerhalb dieses Bereichs.

Frau Jungblut behauptet, dass die vertraglichen Details nicht im Rat besprochen worden seien.

Frau Woywod erklärt, dass im Grundstückskaufvertrag vereinbart ist, dass die Straße spätestens bis zum 31.12.2016 ausgebaut werden muss. Diese Frist wurde auf den 30.06.2017 verlängert.

Die CDU ist überrascht über die Diskussion, da dies von der Politik schon lange beschlossen ist. Alles noch einmal aufzurollen helfe niemanden.

Frau Jungblut stellt einen Antrag auf Vertagung, der mit 3 Ja / 8 Nein / 2 Enthaltungen abgelehnt wird.

Der Ausschuss beschließt mit 9 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, den Straßenbau für die Rudolf-Höckner-Straße (südwestliches Teilstück) entsprechend dieser Beschlussvorlage und der beigelegten Tabelle (Bauprogramm) durchzuführen.

**8.) Haushaltssatzung 2017
Vorlage: BV/2016/124**

Herr Grabau schlägt vor, mit der Feuerwehr zu beginnen.

Herr Rüdiger fragt, warum im Investitionsplan bei der lfd. Nr. 17 (Leistungsnummer 1260-01704) für 2016 15.000 € veranschlagt wurden und für 2016 nichts. Herr Zwicker antwortet, dass 2016 Fachplanungen beauftragt wurden. Erst wenn die Planungen abgeschlossen sind, kann man die Beträge für 2017 benennen.

Herr Dr. Thöm erkundigt sich nach der Ersatzbeschaffung Rüstwagen. Der Wehrführer Herr Rein erläutert, dass das jetzige Fahrzeug 23 Jahre alt und schon 2 Jahre länger im Dienst als geplant ist, da kein Geld da war. Die hydraulischen Geräte sind für die modernen Fahrzeuge nicht ausgelegt. Das geplante Hilfeleistungslöschfahrzeug ist multifunktional und vielfältiger einsetzbar. Zudem hat es den Vorteil, dass damit die Stadt Wedel den Bedarfsplan des Landes erfüllt. In diesem werden die Gemeinden in Risikogruppen eingeteilt, die wiederum bestimmte Anforderungen auslösen, die zwingend zu erfüllen sind.

Herr Schneider stellt den Antrag den Ausbau Tinsdaler Weg / Spitzerdorfstraße (Leistungsnummer 5410-01737, Investitionsplan lfd. Nr. 201) zu streichen. Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Streichung mit 7 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung.

Herr Dr. Thöm stellt den Antrag für die Beleuchtung Holmer Straße außerorts 113.500 € einzustellen (Anlage 1).

Herr Rüdiger will einen Sperrvermerk für die Erneuerung Straßenbeleuchtung (Leistungsnummer 5410-01703, Investitionsplan lfd. Nr. 173) einrichten. Herr Schwarz erklärt, dass die Stadt aber immer Ersatz für abgängige Leuchten stellen muss. Herr Kloevekorn schlägt eine Deckung für die Holmer Straße durch die Streichung des Ausbaus Spitzerdorfstraße (s.o.) vor. Herr Schneider möchte vertagen und erst klären, in wie weit sich Holm beteiligt. Herr Harder erinnert das die Straßenbeleuchtung 150.000 € kostet und daher nicht durch die Streichung gedeckt ist. Frau Woywod ergänzt, dass mit der Streichung des Ausbaus auch die Beiträge von 165.000 € wegfallen, so dass de facto nur 135.000 € zur Verfügung stehen und 155.000 € benötigt werden. Die Stadt muss die gesamte Maßnahme beauftragen und dann versuchen, etwas von Holm erstattet zu bekommen.

Die Grünen lehnen den Antrag der FDP ab: Es ist eine freiwillige Leistung. Die Beleuchtung hört am Ortsschild auf. So wurde auch für die Pinneberger Straße entschieden, obwohl auch Kinder im Fahrenkamp wohnen. Eine Beleuchtung vergrößert die Lichtverschmutzung, von der viele kleinere Lebewesen stark betroffen sind. Die CDU findet die Beleuchtung notwendig und unterstützt den Antrag genau wie die SPD. Die WSI schließt sich der Ablehnung der Grünen an.

Herr Dr. Thöm berichtet, dass noch die Zustimmung von 6 Anliegern fehlt. Mit 5 Anliegern hat er gesprochen: vier von ihnen seien grundsätzlich für eine Beleuchtung, der fünfte wehre sich dagegen noch.

Herr Schneider beruft sich auf die Vereinbarung, dass immer eine Gegenfinanzierung da sein muss. Hier fehlen 20.000 €, daher plädiert er auf Vertagung.

Herr Harder gibt zu bedenken, dass der Umwelt auch gedient wird, wenn mehr Schüler durch die Beleuchtung mit dem Rad kommen und sich nicht von ihren Eltern fahren lassen.

Herr Rüdiger beantragt für die SPD die Bereitstellung von Investitionsgeldern für barrierefreie Geh- und Radfahrwege in Höhe von 50.000 €. Für Radfahrwege zu den bereits vorgesehenen 50.000 beantragt die SPD 50.000 € zusätzliche Investitionsgelder.

Für die lfd. Nr. 228 im Investitionsplan (Leistungsnummer 5510-0103)) berichtet Frau Woywod, dass die Verwaltung einen Zuschussantrag des Kleingartenvereins erhalten hat, der an die Ausschussmitglieder per Mail verteilt wurde. Im schriftlichen Antrag hatte der Verein ursprünglich um 35.000 € gebeten, inzwischen hat er die Summe auf 30.000 € reduziert.



Frau Paradies beantragt, den Zuschuss nicht zu bewilligen und die Summe aus dem Investitionsplan zu streichen. Es handelt sich hier um einen Versicherungsschaden. Auch wenn die WSI es verständlich findet, dass man Verbesserungen wünscht, könne die Stadt nicht dafür aufkommen.

Die Grünen dagegen unterstützen den Zuschussantrag, weil das Büro in der Bahnhofstr. 27 wegfällt und alle Bürger das Vereinshaus für private Veranstaltungen nutzen können. Herr Schneider möchte auch diesen Punkt auf die nächste Sitzung vertragen. Außerdem erwartet er genauer über dieses Thema informiert zu werden als es der Zuschussantrag tut.

Es werden noch einige Fragen zu den Teilplänen geklärt, aber keine weiteren Anträge gestellt.

Die Beschlussfassung wird auf die nächste Sitzung vertagt.

**9.) GHS, 1. Bauabschnitt, alternative Planung: Anbau ohne Kellergeschoss
Vorlage: BV/2016/131**

Herr Grabau weist auf die nachgereichten Unterlagen über die Kostenentwicklung hin, die am Anfang der Sitzung verteilt wurden.

Herr Dr. Sonntag erklärt für die Grünen ihre Zustimmung. Er habe gehört, dass nicht alle Investitionsmittel für den Schulausbau in Schleswig-Holstein abgefragt wurden. Herr Zwickler erwidert, dass die Zinssätze bei den Fördermitteln zu hoch sind und man Geld günstiger bekommen kann.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt im Zuge des 1. Bauabschnittes, trotz Kostensteigerung um ca. 39.000,- €, den Anbau mit nutzbarem Kellergeschoss zu errichten.

10.) Mitteilungen und Anfragen

**10.1.) Mitteilung der Stadtentwässerung über die Beauftragung von Nachtragsleistungen im Zuge der Entschlammung des Regenklärbeckens im Auweidenweg
Vorlage: MV/2016/084**

Herr Harms berichtet, dass das Regenrückhaltebecken auch dafür da ist, die Belastung der Au herauszufiltern. Bei einer Tiefe von 1,20 m gab es einen Schlammbesatz von 20 cm, der beprobt worden ist. Die Probe ergab eine Belastung in einem Ausmaß, das eine Entsorgung auf einer Z2-Deponie zugelassen hätte. Mit diesem Ergebnis wurde ausgeschrieben. Nach der Ausbaggerung wurde das Material getrocknet und neu beprobt. Leider war die neue Probe erheblich schlechter. Bei 1000 t Material hat das 60.000 € Mehrkosten verursacht. Herr Grabau bittet die genauen Schadstoffe und Konzentration dem Protokoll anzufügen (Anlage 2).

Auf Nachfragen erklärt Herr Harms, dass es sich um ein FFH-Gebiet handelt. Hierfür gibt es keine speziellen Förderprogramme. Weil es sich um ein großes, heterogenes Einzugsgebiet handelt und der Einleitzeitraum 15 Jahre umfasst, ist der Verursacher nicht ermittelbar. Eine häufigere Ausbaggerung lohnt sich aufgrund des hohen bürokratischen Aufwands und aus technischen Gründen nicht.

10.2.) Städtische Wohnunterkunft Heinestraße
Vorlage: MV/2016/087

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

10.3.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Frau Woywod berichtet, dass der Fußweg R.-Breitscheid-Str. zum Mühlenweg auf Wunsch besichtigt worden ist. Er ist nutzbar und verkehrssicher. Kleinere Maßnahmen werden aber dennoch durchgeführt.

Die CD mit der Bestandsaufnahme der Radwege ist an die Fraktionen verteilt wurden. Die Verwaltung schlägt vor, für die Auswertung und Priorisierung der Maßnahmen eine Arbeitsgruppe zu gründen. Diese sollte aus Vertretern der Verwaltung, der Beiräte, des UBF und ggf. des Planungsausschusses bestehen. Sie bittet die interessierten Mitglieder sich bei ihr zu melden.

10.4.) Sonstiges

Die Verwaltung informiert den Ausschuss, dass die Untersuchung der Drainage in der P&R-Anlage ergeben hat, dass diese verstärkt werden muss. Man muss abwarten, ob damit die Fahrradboxen dauerhaft trocken bleiben.

Die heute verteilten Anfragen der SPD werden schriftlich beantwortet.

Herr Grabau gibt bekannt, dass am 24.11.2016 zum Thema Kinderspielplätze eine Elternanhörung gemeinsam vom Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKS) und vom UBF durchgeführt werden soll. Über die genaue Uhrzeit und den Ort werden die Mitglieder noch informiert.

Um 19: 50 Uhr schließt der Vorsitzende die Öffentlichkeit aufgrund des Beschlusses zur Tagesordnung von der weiteren Beratung und Beschlussfassung aus und unterbricht die Sitzung für eine kurze Pause bis 19:56 Uhr.

14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Es ist keine Öffentlichkeit mehr anwesend. Der Ausschuss hat in nicht-öffentlicher Sitzung die Beauftragung von Ingenieurleistungen zur Umrüstung der Zentrale der Feuerwache auf Digitalfunk beschlossen (BV/2016/119). Der Beschlussvorschlag zur Straßenbeleuchtung wurde vertagt.

gez. Thomas Grabau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der Unterschrift 17.11.2016

17.11.2016



